

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Erzgebirge. Fernsprecher 83. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Bezugspreise: Durch unsere neuen Poststellen ab 1.1.1918 monatlich 70 Pfg., wöchentlich 20 Pfg. Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 2.00 M., monatlich 60 Pfg. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 1.80 M., monatlich 55 Pfg. Erscheint täglich in den Mittagsstunden, mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsbelegträger und Ausgabestellen, sowie alle Postämter und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Bezugspreise: Die beiden wöchentlichen Beilagen oder deren Raum für Anzeigen aus Auer und dem Bezirk Schwarzenberg 20 Pfg., auswärtige Anzeigen 25 Pfg., die Sonntagsbeilage für Auer und dem Bezirk Schwarzenberg 20 Pfg., sonst 10 Pfg. Bei größeren Abzügen entsprechende Rabatte. Anzeigenannahme bis 10 Uhr des Vormittags. Für Beträge im Betrag von 100 Pfg. nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 11

Montag, den 14. Januar 1918

13. Jahrgang

Wichtige Beratungen in Berlin.

Bittere Wahrheiten.

Nachdem der bekannte dänische Schriftsteller Georg Brandes in Vuffhen erregenden, auch in Deutschland stark nachgedruckten Aufsätzen mit der völligen Unparteilichkeit der wahrhaft Neutralen den Nachweis erbracht hatte, daß die größere militärpolitische Vorbereitung auf den Krieg von der Entente vorgenommen war, hat er vor einiger Zeit einen bemerkenswerten Aufsatz über die durch den Kriegswahn im zivilisierten Europa angerichteten Verheerungen erschienen lassen. Darin heißt es u. a.: „Noch immer sprechen die Minister der kämpfenden Mächte davon, bis zum Endsiege auszuhalten. Es gibt nur einen Endsiege, das ist der Sieg der Vernunft über die Dummheit, und der scheint noch fern zu liegen. . . . Wenn es noch jemanden gibt, der jetzt noch nicht einseht, daß die französisch-russische Allianz für Frankreich eine einzige ungeheure, politische Torheit war, so ist der Betreffende weder „hinterher Klug“ noch „vorbereit Klug“. Diese Allianz hat Frankreich 20 Millionen Franken gekostet, ferner ihm all den Schaden gebracht, den der Weltkrieg verursachte. Sie hat ein Vierteljahrhundert lang die Franzosen in der Illusion erhalten, die sich am Prüfungstage als Illusion erwies. Sie hat die Franzosen daran verhindert, ihr aufgespartes Kapital zur Förderung von Handel, Landwirtschaft, Industrie, Kanalbau, Sprachunterricht, des eigenen Landes überhaupt, zur Förderung des Unternehmungsgeistes anzuwenden, und hat an Stelle dessen den Gang der Franzosen, vom 50. Jahre ab von den Finsen zu leben, entwickelt. Um einen großen Teil dieser Finsen ist die Nation jetzt nach menschlichem Ermessen betrogen.“

Ueber Frankreich, Deutschland und England“ sagt Brandes: „Man lese aufmerksam folgenden Zahlen: Vor dem Kriege bildete Frankreich 85 v. H. seiner männlichen Bevölkerung die allgemeine Wehrpflicht auf, die Kolonien nicht mitgerechnet. Deutschland begünstigte sich mit der Ausbildung von 55 v. H. Im Jahre 1913 betrug die Ausgaben für Heer und Flotte in Franken pro Einwohner:

	In Frankreich	Deutschland	England
Heer	23 Fr. 73	18 Fr. 38	15 Fr. 39
Flotte	12 Fr. 77	8 Fr. 51	25 Fr. 26

Die Tabelle zeigt, wie überanstrengt Frankreich war und wie viel mehr als Deutschland sowohl Frankreich als auch England, jeder für sich, geschweige denn zusammen, für Rüstungen ausgab. . . . Es war, wie man sieht, teurer in Frankreich als in Deutschland zu leben. Die Folge davon war, daß man in Frankreich sich überlegte, Kinder in die Welt zu setzen; während die Geburten in Frankreich abnahmen, nahmen sie — trotz des Geburtenrückganges in Berlin — im Deutschen Reich stark zu. Es laßt keine so große Würde auf den Deutschen wie auf den Franzosen. Hvor forderten in Frankreich dauernd Vaterlandsfreunde die Chefsleute auf, Kinder in die Welt zu setzen, aber sie gaben — für die weniger Wohlhabenden — keine Winke, wie die Eltern diese ernähren sollten. Daran hatte man in Deutschland gedacht. Schon Bismarck fing an — trotz allen Widerstandes, den er von Seiten der von ihm selbst mißhandelten und unterdrückten Sozialdemokraten begegnete — den deutschen Arbeiter durch eine umfassende Organisation sicher zu stellen. Bis jetzt ist ein Drittel von Deutschlands ganzer Bevölkerung verschert gegen Krankheit, Unfall und Invalidität, Altersschwäche nicht mit eingerechnet. Die Sicherheit, die der Arbeiter und der kleine Angestellte auf diese Art und Weise genießt, ist eine Aufmunterung dazu, eine Familie zu gründen und Kinder in die Welt zu setzen. Die Aufmunterung hat in Frankreich gefehlt. Es fehlten daher Arbeitskräfte im großen Stil, und die Folge war, daß die Kapitalisten es nicht wagten, sich auf große Handelsunternehmungen oder industrielle Anlagen einzulassen. Diese wurden Fremden überlassen, besonders Deutschen wie Thyssen und Baumann, während die französischen Kapitalisten, welche fühlten, daß kein Fortschritt, keine großartige Unternehmungslust im Kaufmannstand ihres eigenen Landes war, ihr Geld in ausländischen Papieren anlegten. Die großen Banken in Frankreich, die wirklichen Regenten des Landes, sahen darin ihren Vorteil. . . . Es gibt ein Buch von Marcel Sembat, der bis vor kurzem Mitglied des französischen Ministeriums war; es ist erst 1913 geschrieben. Sein Titel lautet: „Schafft uns einen König, oder,

Der heutige amtliche Kriegsbericht.

(Amtlich.) Großes Hauptquartier, 14. Januar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Die Feuerartigkeit blieb tagsüber meist auf Störungsfeuer beschränkt. In einzelnen Abschnitten, besonders weidwärts von Lens, war sie am Abend gesteigert.

Eigene Erkundungsabteilungen drangen südöstlich von Armentieres und nördlich von La Baquerie in die englischen Gräben und machten Gefangene.

Heeresgruppen Deutscher Kronprinz u. Herzog Albrecht Abgesch. von erfolgreichen Erkundungsgeschten in der Gegend von Juviencourt und auf dem Westufer der Maas verlief der Tag ohne besondere Ereignisse.

Ostlicher Kriegsschauplatz

Nichts Neues.

Mazedonische Front

Westlich vom Ochrida-See in der Dnepropolze und südwestlich vom Doiran-See Artillerietätigkeit.

Italienische Front.

Lage unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister (v. L. v.) Ludendorff.

wenn nicht, schafft uns Frieden!“ Falls die Franzosen auf Sembat gehört hätten, anstatt dem Brüllaffen (gemeint ist Lloyd George) zuzuhören, dann hätten sie sich nicht in den Krieg gestürzt, der, wie auch sein Ende werden möge, das traurige Resultat aufweist, daß er das unglückliche Frankreich entkräftet und dem Kleinod der modernen Zivilisation seinen Glanz raubt.“

Georg Brandes schließt seinen Artikel: „In Deutschland hat die Monarchie soziale Reformen ins Werk gesetzt, zu denen in Frankreich die Republik noch nicht gekommen ist. . . . Aber daß ein Staat sich demokratisch nennt, importiert nur dem, für den das Wort Demokratie noch ein Zauberwort ist, und daß ein Staat sich Republik nennt, bedeutet ja vor der Hand nichts anderes, als daß eine nach Freiheit drängende Ausschreit auf ein Gebühde aller Mißbräuche und Vorrechte gesetzt wird. Der Name tut nicht mehr zur Sache, als das Etikett der Weinflasche Bedeutung für den Wert des Weines hat. Frankreich wollte eine erobernde Republik sein. Seitdem es Elsaß und ein Stück von Lothringen verloren, deren Eroberung es den Deutschen nicht verzeihen kann, hat es selbst volle fünf Frankreich als Kolonien erobert und diese fünf Frankreichs kann es unmöglich mit seiner schwachen Bevölkerung bebüßern. . . . Sowie ist gewiß: während England noch ein Interesse daran hat, daß der Krieg weiter dauert, weil er Deutschland stärker zermürbt als Großbritannien, hat Frankreich nicht das geringste Interesse an der Fortsetzung des Krieges. Es wird nicht nur stärker mitgenommen als England, sondern auch härter als Deutschland. Daß es den Krieg fortsetzt trotz Russlands Abfall und Italiens Niederlage, ist wohl ein edelmütiger Zug, aber einer, dessen Gelingen dem entspricht, der Frankreich veranlaßte, Russland Milliarden zu leihen.“

Das sind Wahrheiten, deren Verschweigung die Regierungen der Lloyd George und Clemenceau sich nach besten Kräften angelegen sein lassen dürften.

Politische Uebersicht.

Ein neuer Kronrat

Der Kronprinz beim Kaiser.

Vorgestern vormittag sind Generalfeldmarschall von Hindenburg und General Ludendorff in Berlin eingetroffen. Eine amtliche Mitteilung besagt ferner, daß auch der Kronprinz in Berlin weilte und vom Kaiser empfangen wurde.

Gestern Sonntag hörte der Kaiser den Vortrag des Reichskanzlers und den des Generalfeldmarschalls von Hindenburg.

Die bevorstehende Reichstanzler-D.

Nach der „Voss. Ztg.“ ist, da der Hauptauschuss am Dienstag sich noch mit den Fragen des Gefangenenaustausches zu beschäftigen haben wird, aller Voraussicht nach die Rede des Reichskanzlers über die politische Lage, in

der er auf die jüngsten Ausführungen Lloyd Georges und die Botschaft des Präsidenten Wilson zu antworten beabsichtigt, erst in der Mittwoch-Sitzung des Hauptauschusses zu erwarten.

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Die Selbständigkeit der Ukrainer.

Zu Beginn der vorgestrigen Plenarsitzung in Brest-Litowsk gab der Vorsitzende, Graf Czernin, folgende Erklärung ab: In der Plenarsitzung vom 10. d. M. hat der Staatssekretär der ukrainischen Volksrepublik den Delegationen der vier verbündeten Mächte die Note des Generalsekretariates der ukrainischen Volksrepublik vom 24. Dezember übergeben. Diese Note enthält die Erklärung, daß die durch das Generalsekretariat vertretene ukrainische Volksrepublik in vorkrieglichen Angelegenheiten selbständig austritt, und daß sie gleich den übrigen Mächten an allen Friedensverhandlungen, Konferenzen und Kongressen teilzunehmen wünscht. In Erwiderung hierauf beziehe ich mich im Namen der Delegationen der vier verbündeten Mächte nachstehendes zu erklären: Wir erkennen die ukrainische Delegation als selbständige Delegation und als bevollmächtigte Vertretung der selbständigen ukrainischen Volksrepublik an. Die formelle Anerkennung der ukrainischen Volksrepublik als selbständiger Staat durch die vier verbündeten Mächte bleibt dem Friedensverträge vorbehalten.

Erklärungen Trozki.

Der russische Minister des Aeußern Trozki gab darauf Erklärungen ab, die das Verhältnis der russischen Volksrepublik zur Ukraine erläutern sollten. Er schloß, indem er sagte, die russische Delegation sehe keinerlei Hindernisse für eine selbständige Teilnahme der Delegation des Generalsekretariates an den Friedensverhandlungen. Der ukrainische Staatssekretär Holubwitsch erklärte hierauf, die Deklaration der vier verbündeten Mächte zur Kenntnis zu nehmen. Auf Grund derselben werde seine Delegation an den Friedensverhandlungen teilnehmen.

Der preussische General Hoffmann, der darauf das Wort ergriff, bemerkte, er habe aus der Antwort des Vorsitzenden der Petersburger Delegation auf seinen Protest ersehen, daß Herr Trozki nicht verstanden habe, warum die von ihm beanstandeten Forderungen und Veröffentlichungen gegen den Geist des Waffenstillstandes verstößen. Am Kopfe des Waffenstillstandsvertrages ständen die Worte „zur Herbeiführung eines dauerhaften Friedens“. Die russische Propaganda verstoße hiergegen, weil sie nicht einen dauerhaften Frieden anstrebe, sondern Revolution und Bürgerkrieg in unsere Länder tragen möchte.

In seiner Antwort verwies Trozki darauf, daß die gesamte deutsche Presse in Russland zugelassen sei, und zwar auch jene, welche den Ansichten der russischen reaktionären Kreise entspreche und die dem Standpunkt der Regierung der Volkskommissare zuwiderlaufe. Es herrsche also vollkommene Parität in dieser Sache, die mit dem Waffenstillstandsvertrag nichts zu tun habe.

General Hoffmann erwiderte hierauf, daß sein Protest sich nicht gegen die russische Presse gerichtet habe, sondern gegen offizielle Regierungskundgebungen und offizielle Propagandatätigkeit, die mit der Unterschrift des Oberkommandierenden Archienko versehen sei. Der Oberbefehlshaber Ost und der Staatssekretär des Aeußern betrieben keine analoge Propaganda. Trozki erwiderte, daß die Bedingungen des Waffenstillstandsvertrages keine Beschränkung für die Äußerung der Meinung der Bürger der russischen Republik oder ihrer Regierung oder leitenden Kreise enthielten oder enthalten könnten. Staatssekretär von Rühlmann stellte zu den Bemerkungen Trozki fest, daß Nichtteilnahme in die russischen Verhältnisse maßgebender Grundjah der deutschen Regierung sei, der aber natürlich volle Gegenseitigkeit erheische.

Trozki entgegnete, die Partei, welche der russischen Regierung angehöre, würde es als einen Schritt vorwärts anerkennen, wenn die deutsche Regierung sich frei und offenerzig über ihre Ansicht bezüglich der inneren Verhältnisse Russlands ausdrücke, insofern sie dies für notwendig erachten würde. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Wichtige Besprechungen.

Die Londoner „Times“ melden aus Petersburg, daß in einer Geheimkonferenz über die Demobilisierung, der Volkskommissare und militärische Vertreter beizwohnten,